Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
11 (1897)

198 (26.8.1897)

urn:nbn:de:gbv:45:1-261345

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werkthätigen Volkes. Nebst der illustrirten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (inkl. Bringerlohn) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5290) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion und Expedition: Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38. Telephon-Anschluß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgespaltene Corpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 198. Bant, Donnerstag den 26. August 1897. 11. Jahrgang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ein verantwortlicher Reichsfinanzminister an Stelle des Reichsschatzsekretärs ist von den verschiedensten Seiten schon oft verlangt worden. Auch die Nationalliberalen haben diese Forderung vertreten. So klagte Herr Miquel als nationalliberaler Führer und Abgeordneter im Reichstage des Norddeutschen Bundes am 12. März 1870: „Wir haben jetzt bereits ein Budget von 77 Millionen. Wir haben aber keinen Finanzminister. — Daß die gegenwärtige Art der Organisation der Verantwortlichkeit durch den Bundeskanzler, der die auswärtige Politik, den Handel und Zölle, der das Justizwesen, der den ganzen Militär- und Marineetat verantworten soll — daß, sage ich, diese Organisation nicht dauernd werden kann, namentlich nicht dauernd bleiben kann gegenüber den bevorstehenden Verhandlungen über den Militäretat, scheint mir unzweifelhaft zu sein. Soviel ist ja klar, daß jedes Abgeordnetenhaus in dem Finanzminister gegenüber den Militärausgaben den besten Bundesgenossen hat und auch haben muß. Die wirklich entscheidende, täglich wachsame, detaillirte Kontrole der Militärausgaben kann nur durch einen verantwortlichen Finanzminister geführt werden. Der (Reichs-) Finanzminister, wenn er verantwortlich ist dem Hause gegenüber, bekommt dadurch allein die Stellung gegenüber den Anforderungen des Militäretats, die es ihm möglich macht, die Anforderungen, die an jeden Finanzminister kommen, abzuwehren.“ Derselbe Herr Miquel steht heute an der Spitze des preußischen Finanzministeriums, ein Bundesgenosse und eine Stütze der reaktionären Elemente, die von einem verantwortlichen Reichsminister nichts wissen wollen.

Die Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften haben dem Reichs-Versicherungsamte die Rechnungsergebnisse des Jahres 1896 übermittelt. Die dem Bundesrathe und Reichstage zu unterbreitende Zusammenstellung kann somit in Angriff genommen werden. Zum letzten Male wird sich, wie wir den „Berl. Pol. Nachr.“ entnehmen, in dieser Zusammenstellung ein Posten befinden, der elf Jahre hindurch recht beträchtliche Beträge aufgewiesen hat, der Zuschlag zum Reservefonds. Nach dem Gesetz waren die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die ersten elf Jahre ihrer Thätigkeit hindurch einen bestimmten Prozentsatz der von ihnen gezahlten Entschädigungen in einen Reservefonds abzuführen. Die Zinsen des Fonds sollen ihm dann noch so lange weiter zugeschlagen werden, bis er die doppelte Höhe der Jahresabgaben erreicht hat. Alle Berufsgenossenschaften jedoch, bei denen der Fonds schon nach Ablauf des 11. Jahres die gesetzlich vorgeschriebene Höhe erreicht hat, sind ermächtigt, die Reservefondszinsen zur Bestreitung laufender Ausgaben zu verwenden. Dem Reichsversicherungsamte wird nun die neue Aufgabe erwachsen, über die rechtmäßige Benutzung dieser Ermächtigung seitens der Berufsgenossenschaften zu wachen. Eine ganze Anzahl der letzteren hat bereits beschlossen, die Zinsen nicht weiter zuzuschlagen, sondern zur Erleichterung in der Belastung der Berufsgenossen zu verwenden, was den letzteren jedenfalls recht erfreulich sein wird. Die Erleichterung wird zum ersten Male für das Jahr 1897 zur Geltung kommen. Wie lange sie allerdings andauern wird, hängt von der Differenz ab, welche der jetzige Reservefondsbestand und die doppelte Jahresausgabensumme aufweisen. Sobald der Fonds unter die gesetzliche Grenze der letzteren gelangt ist, wird mit dem Zuschlag der Zinsen wieder begonnen werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie muß ausnahmegesetzlich „behandelt“ werden, weil in Spanien ein Anarchist einen Ministerpräsidenten erschoß. Dieser „Logik“ staatserhaltender Politik huldigt unsere reaktionäre Presse seit vierzehn Tagen. Die konservative „Schles. Ztg.“ tritt mit folgendem Plaidoyer auf: „Fürst Hohenlohe hat seinerzeit bei der Begründung der Umsturzvorlage erklärt, das dort Geforderte sei das Minimum dessen, was zur Sicherung von Staat und Gesellschaft nothwendig sei. Das ist es in der That. Wer die Gefahr in ihrem ganzen Umfange ermißt, der weiß, daß sich mit einer bloßen Verschärfung der Strafgesetzgebung nicht auskommen läßt. Das dringendere Bedürfniß ist eine angemessene Erweiterung der Befugnisse der Polizei und zwar nicht nur der repressiven, sondern auch der präventiven. In dieser Beziehung würde auch die Vereinsgesetznovelle, wie sie vom Herrenhause angenommen war, nicht genügt haben. Will man der revolutionären Propaganda wirklich entgegentreten, so muß man die Versammlungen der Revolutionäre im Voraus verbieten. Eine aufgelöste Versammlung nützt der Propaganda immerhin ganz erheblich. Das ehemalige Sozialistengesetz bestimmte, daß Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt sei, daß sie zur Förderung von auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen bestimmt seien, zu verbieten seien. Von noch größerer Wichtigkeit aber wäre das präventive Einschreiten gegenüber einer Presse, die verbrecherische revolutionäre Bestrebungen zu fördern unternimmt. Die Aktion kann in einem dem Bedürfnisse voll entsprechendem Umfange nur im Reiche in's Werk gesetzt werden, und zwar, wie seit dem Scheitern der Umsturzvorlage nicht mehr zweifelhaft sein konnte, nur auf dem Wege der Spezialgesetzgebung. Nachdem die Regierung in Preußen ihre Bedenken gegen diesen Weg aufgegeben hat, ist nicht einzusehen, warum sie im Reiche darauf bestehen sollte. Ein Spezialgesetz nach der Art des ehemaligen Sozialistengesetzes und daneben eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs in Bezug auf die Rechtfertigung und Anpreisung von Verbrechen und auf die revolutionäre Agitation in der Armee — das ist das ceterum censeo, das die Erfahrung immer von Neuem aufzwingt.“ — Das ceterum censeo der politischen Gewissenlosigkeit und Tollheit.

Die Sozialdemokratie und die Landarbeiter. Die ostelbischen Junker klagen bekanntlich außer über die Handelsverträge, die ihnen den Brotwucher etwas einschränken, und über die Goldwährung, die sie hindert, ihre Schulden und die Löhne in schlechtem Geld zu zahlen, am meisten über den „Arbeitermangel auf dem flachen Lande“. An diesem Uebel ist natürlich die verfluchte Begehrlichkeit des Landproletariats schuld; dieses zeigt immer weniger Lust, sich mit den Hungerlöhnen und den Sauställen der gottesfürchtigen Herren Junker zufriedenzugeben, und wandert in gewaltigem Strome nach den Städten und nach dem industriereichen Westen Deutschlands ab. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 600 000 Menschen aus den ostelbischen Provinzen theils nach den Industrieorten Deutschlands, theils nach Amerika ausgewandert. Da die Hände seltener werden, mußte der Lohn steigen. Doch die Junker haben keine Lust, „ihre“ Arbeiter besser zu entlohnen, und so ziehen sie, die Musterpatrioten des Hohenzollernschen Deutschlands, polnische und russische Arbeiterschaaren ins Land. Freilich will auch dies nicht genügen, und so sinnen nun die Herren Agrarier schon lange über den Plänen, wie sie die Landarbeiter wieder an die Scholle binden, das heißt auch formell zu den einstigen Hörigen verwandeln könnten. Die Brandenburgische Landwirthschaftskammer hat kürzlich ihrem Geschäftsführer Herrn Dr. Stumpfe den Auftrag ertheilt, Untersuchungen darüber anzustellen, auf welche Weise die ländlichen Arbeiterverhältnisse gebessert werden könnten. Unter Besserung von Arbeiterverhältnissen versteht die Landwirthschaftskammer natürlich Verschärfung der aus dem Anfang des Jahrhunderts stammenden Gesindeordnung, die dem Junker das Züchtigungsrecht giebt und den Landarbeitern das Koalitionsrecht abspricht, und dann die Beschränkung der Freizügigkeit. Herr Dr. Stumpfe hat nun das Ergebniß seiner Untersuchungen veröffentlicht. Es lautet nicht sehr tröstlich für seine Auftraggeber. Wie die „Deutsche Tageszeitung“, ein agrarisches Blatt, mittheilt, hat sich Stumpfe also geäußert: Eine Verschärfung der Gesindeordnung anzustreben, hält er geradezu für gefährlich. So lange ein Mangel an landwirthschaftlichen Arbeitern vorhanden sei, werde auch die schönste revidirte Gesindeordnung nichts nützen, ja sie werde die Leute nur noch mehr vertreiben. Die Frage, deren Lösung natürlich nur durch einen gesetzgeberischen Akt möglich sei, überhaupt jetzt nur anzuschneiden, würde nach Dr. Stumpfes Ansicht schon ein Fehler sein; es würde nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie sein und sich an den agrarischen Parteien bei den Wahlen bitter rächen. Zu ähnlichen negativen Resultaten kommt dann Dr. Stumpfe bezüglich der Bestrebungen zur Beschränkung der Freizügigkeit, beziehungsweise der Forderung der Einführung eines Abzugsgeldes beim Wegzug vom platten Lande in die Stadt oder eines Einzugsgeldes seitens der Stadt. Würde man eine solche Abzugsgebühr einführen, so wäre ein solches Ausnahmegesetz gegen die Masse der Landarbeiter eine wuchtige Agitationswaffe für den Freisinn und die Sozialdemokratie. Ein hohes Einzugsgeld aber einführen, würden die Städte sich sehr wohl hüten, weil sie dadurch die Tendenz der Industrie zur Abwanderung aufs platte Land ganz wesentlich stärken würden. Niedrig normirte Gebühren aber wären nichts, als ein Schlag ins Wasser. — — Es hat wohl noch Niemand eine glänzendere Lobrede auf die Sozialdemokratie gehalten, Niemand besser ihren Werth für die Arbeiterklasse ins Licht gestellt, als dieser bezahlte Klopffechter der ärgsten Sozialistenverfolger und Ausbeuter. Obwohl die Sozialdemokratie noch nicht tief in die Kreise der Landarbeiter eingedrungen ist, so bietet sie doch durch ihre bloße Existenz als Organisation der städtischen Arbeiter, nach dem Zeugniß des agrarischen Soldschreibers, für das Landproletariat den einzigen Schutz gegen die Versklavungsbestrebungen der Junker. Was ihr freilich nur möglich wird mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes. Auch diesem ist Herr Dr. Stumpfe ein Lobredner wider Willen geworden.

Die „deutsche Rechtspartei“, welche die Resultate der preußischen Gewaltpolitik von 1866 bekämpft und vornehmlich die welfischen Elemente umfaßt, hat in Frankfurt a. M. ihren Kongreß abgehalten und u. A. Resolutionen angenommen, welche es als unbedingt nöthig bezeichnen, daß

Wahn und Wirklichkeit.

Roman von W. Höffer (E. Wörishöffer).

88] Nachdruck verboten.

Das war nun freilich ein gewaltiger Vortheil. Aber die Webestühle waren den Leuten so fest ans Herz gewachsen, daß eine Zustimmung so bald nicht erfolgte. Einen gewaltigen Ruck mußten sie sich geben, einen zweiten und noch einen Ruck, bis sie sich endlich, auch vom Drängen ihrer Frauen getrieben, zu einem Versuch bereit erklärten.

Gut, ließ ihnen Romberg durch Görner sagen, sie sollten nur kommen. Erst kam aber nur Reuter allein, um bestätigt zu hören, daß Niemand gezwungen sein sollte, das Mehl aus der Dampfmühle und das Brod aus der Dampfbäckerei zu beziehen. Da mußte Romberg doch lächeln: das werde gleich der Garküche in Jedes Ermessen gestellt, und vor allen Dinge müsse er bemerken, daß Mühle und Dampfbäckerei noch gar nicht vorhanden sei.

„Dann sind wir bereit,“ sagte Reuter. Aber er sagte es leise, gedrückt, als wenn es ihm furchtbare Ueberwindung kostete.

Früher als gewöhnlich brachen die Winterstürme herein. Da hatten schon die Weber ihre baufälligen Hütten verlassen und waren in den behaglichen Stuben vor der Unbill des Wetters geschützt. Die Widerspenstigen, die in Langenau vergebens ein Unterkommen erwartet, klopften in äußerer Drangsal wieder in Altrode an, und Romberg nahm sie alle wohlwollend auf.

Als der Schnee geschmolzen, führte Scheffler Helene heim. Die linderen Tage regten zum Bauen an, weshalb nun auch Barring zur Ausführung schritt. An der Wand mit den himmelhohen Zacken, wo sich die Weiden über das Wasser neigten, ließ er mit Schefflers Hülfe eine neue Mühle erstehen. Als er den Bau damals plante, hatte er seufzend an die Hüterin dieses Herdes gedacht. Jetzt wußte er aber, welch' einen Schatz er an Anna besaß, und im Herbst zog sie als Frau Müllerin in das neue Grundstück ein.

Inzwischen waren die Hütten verschwunden. Auf einem Theile des Bodens, wo sie gestanden, erhoben sich noch vor Einzug des nächsten Winters die Dampfmühle und Dampfbäckerei. Damit hatte Scheffler dann seine Thätigkeit in Altrode beendet. So sehr auch Romberg sein ferneres Bleiben wünschte, sehnte er sich nun doch nach größerer Wirksamkeit, und Helene folgte ihm nach der Stadt.

Zuweilen, wenn sich Romberg nach vollbrachtem Tagewerk am Abend einsam fühlte, suchte er seine Freunde in der Mühle auf. Der Anblick des ehelichen Glückes mochte ihn mit leisen Wünschen erfüllen. Es kam auch wohl vor, daß ihm Barring und Anna zu einer zweiten Ehe riethen, doch brach er dann beständig kurz ab und begann ein anderes Gespräch. Nie wurde Käthes Name zwischen ihnen erwähnt, denn wenn auch Barrings nichts Bestimmtes wußten, so hatten sie doch das Gefühl, daß jede Erinnerung an Käthe ihm peinlich sei.

Auch dieser und der nächste Winter zogen vorüber. Ein wahrhaft bezaubernder Frühling kam ins Land, wie er so warm und sonnig selten erschien. In wem wäre nicht die Reiselust erwacht! Seit er Ottilie in diesen Ort geführt, hatte ihn Romberg nicht mehr verlassen, und so drängte es auch ihn hinaus.

Ein Kongreß von Industriellen bot ihm erwünschte Gelegenheit zu einer Reise nach Berlin. Laut dem Programm, das man ihm geschickt, sollten wichtige Fragen erörtert werden.

Seine Anwesenheit schien ihm dringend nöthig. Er begab sich nach Berlin. Die Verhandlungen währten mehrere Tage; erst nach Schluß derselben fand er genügend Zeit, die Schönheiten der Residenz und ihre Vergnügungen zu genießen. Ein Bekannter, der ihn im Hotel aufsuchte, wollte ihn zum Besuche eines Theaters bereden, wo Erna Bragentin eine hervorragende Größe sei. Doch mußte er ablehnen, da er sich für den Abend schon versagt hatte; aber in ein Weinrestaurant, das Jener ihm nannte, wollte er dann noch kommen, wenn auch erst spät.

Es war fast Mitternacht, als er dort erschien. In den einzelnen Nischen, welche zur Seite durch Teppiche und vorn durch Portieren geschlossen waren, ertönte Gläserklirren und fröhliches Lachen. Romberg's Bekannter befand sich mit einigen Freunden in einer der mittleren Nischen, und gleich nach seinem Eintritt sagte man ihm, daß in der nebenan liegenden Loge eine sehr heitere, aus Damen und Herren bestehende Gesellschaft sich befinde, welche den Geburtstag eines der Anwesenden zu feiern scheine.

Zwischen den Herren entspann sich ein belebtes Gespräch über Tagesfragen. Die Cigarre im Munde und den Rheinwein in kleinen Zügen schlürfend, war Romberg vorerst ein aufmerksamer Zuhörer. Dann wollte auch er seine Meinung äußern, horchte aber gleich den Anderen unwillkürlich auf eine Rede, die in diesem Moment in der Nebenloge gehalten wurde. „Wie liebenswürdig von dem Geburtstagskinde“, sagte der Redner, „daß es trotz heftigen Unwohlseins gekommen sei. Dieses Opfer würden die Freunde nie vergessen. Schon während der Vorstellung an diesem Abend hätte die gefeierte Künstlerin mit sichtbarer Schwäche gekämpft, und ihren Verehrern wäre es nicht entgangen, welch einen Zwang sie sich auferlegt. Dennoch hätte sie die Rolle zu Ende gespielt, und ihre bewundernswürdige Taktik zu krönen, sei sie sogar nach Schluß des Theaters in diesen Kreis gekommen. Welch ein Opfer, welch eine Güte! Die Freunde fühlten sich ihr zu um so größerer Dankbarkeit verpflichtet, und um derselben jetzt einen allseitigen Ausdruck zu geben, möchten Alle in den Ruf einstimmen: Das Geburtstagskind — es lebe hoch — hoch — hoch!“

Die Gläser klangen aneinander und die Stimmung der Gesellschaft äußerte sich nun noch animirter.

(Schluß folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

sowohl von reichsdeutscher wie von österreichischer Seite die Wiedervereinigung Oesterreichs mit Deutschland als für beide Theile unerläßlich anerkannt werde, und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkte einerseits der Erhaltung der nothwendigen deutschen Einigung, andererseits der Unantastbarkeit der habsburgischen Monarchie bei voller Anerkennung der geschichtlich-politischen Eigenberechtigung ihrer Völker. Die deutsche Rechtspartei tritt für die Lösung dieser Aufgabe ein zugleich mit dem weiteren Ziele eines föderativen Zusammenschlusses Mitteleuropas. In der Diskussion aber meinte Frhr. v. Scheele, den Obstruktionsdeutschen in Böhmen dürfe man nicht übergroße Sympathie entgegenbringen, und Rechtsanwalt Martin-Kassel meinte, daß keine der deutschen Parteien in Oesterreich auf dem rechten Wege sei, schon deshalb, weil sie alle sich so überraschend schnell mit dem Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland abgefunden haben und nicht begriffen, daß der 1866er Kaiserschnitt beiden getrennten Hälften das Leben kosten kann. Wie es möglich sein soll, den Dualismus von 1866 in Deutschland wieder herzustellen, ohne Preisgebung der auf den Trümmern jenes Dualismus errichteten „neuen Reichsherrlichkeit", davon war auf dem Kongreß der Rechtspartei nicht die Rede. Mit den nächsten Reichstagswahlen hat der Kongreß sich nicht näher beschäftigt. Frhr. v. Scheele erklärte, das sei wegen der besonderen Schwierigkeiten verschiedener Art nicht geschehen. Vornehmlich müßten zuerst neue Landesrechtsparteien entstehen, so z. B. in Frankfurt, in Hessen-Darmstadt, in Nassau und in Schleswig-Holstein. Zu wünschen wäre ferner, daß in allen Gegenden Stimmen bei der Reichstagswahl für Vertreter der Rechtspartei abgegeben werden, unbekümmert um die damit verbundene Zersplitterung.

Die sozialdemokratische Fraktion der sächsischen zweiten Ständekammer hat an die sächsische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet:

1) die Arbeiten behufs Ermittelung des durch die Ueberschwemmung am 29. Juli und der folgenden Tage verursachten Schadens möglichst zu beschleunigen;

2) eine außerordentliche Ständeversammlung behufs Bewilligung einer Staatsanleihe zur Unterstützung der vom Hochwasser Geschädigten zusammenzuberufen.

Diesem Ersuchen ist folgende Begründung beigegeben: „Das Hochwasser, welches in den letzten Tagen des Juli und Anfangs August ausgedehnte Gebietstheile unseres Landes heimgesucht hat, versetzte einen bedeutenden Theil der Bevölkerung in außerordentliche Noth. Die durch private Wohlthätigkeit gesammelten Mittel reichen bei Weitem nicht aus, dem Nothstand abzuhelfen. Es ist Pflicht des Staates, den durch diese außerordentlichen und unverschuldeten Ereignisse in's Elend Gerathenen zu helfen. Die Größe der Noth und die große Zahl der Beschädigten erfordern Geldsummen, welche die Regierung aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in ausreichendem Maße nicht zu bewilligen im Stande ist. Deshalb ist die Aufnahme einer Staatsanleihe unerläßlich. Es treten demnach die Bestimmungen des § 105 der Verfassungsurkunde in Kraft, wonach, „wenn in außerordentlichen dringenden Fällen schleunige finanzielle Maßregeln erfordert werden, zu welchen an sich die Zustimmung der Stände nothwendig ist, eine außerordentliche Ständeversammlung einzuberufen ist". Aus diesen Gründen erwartet die sozialdemokratische Fraktion, daß ihrem Ersuchen stattgegeben wird."

Die koalirten Hausbesitzer im Königreiche Sachsen wollen bei den bevorstehenden Landtagswahlen als eigene Partei auftreten. Sie halten am Sonntag ihre Jahresversammlung in Meißen ab. Es soll da die Stellung des Vereins zu den Landtagswahlen einer besonderen Erörterung unterzogen und ein entsprechendes Programm bestätigt werden. Dieses Programm, auf welches die Landtagskandidaten verpflichtet werden sollen, enthält verschiedene Forderungen im Interesse des Hausbesitzerstandes und bestimmt dann weiter, daß der Kandidat „das Wohl des Mittelstandes, zu dem sich auch die Hausbesitzer rechnen, gegen das Drängen von oben und unten bestens wahren, die Bildung einer Mittelstandspartei fördern und dieser letzteren beitreten soll". Nationalliberale Blätter bemerken dazu: „Daß sich auf letztere Forderung weder ein nationalliberaler, noch ein konservativer, noch ein fortschrittlicher Kandidat verpflichten wird, bedarf keiner weiteren Erörterung. Es wäre daher um so mehr zu wünschen, daß der Hausbesitzerverein diese Bedingung fallen läßt, als seinen sonstigen sachlichen Forderungen grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstehen. Ein gegentheiliger Beschluß und damit die etwaige Versagung der Unterstützung der parteipolitischen Kandidaten würde diese unter Umständen allerdings schädigen, dem Hausbesitzerverein aber nichts nützen, sondern in erster Linie den Sozialdemokraten zu gute kommen."

Italien.

Rom, 24. August. Unter den Landleuten in einigen Gegenden Latiums macht sich eine Bewegung bemerkbar, welche dahin abzielt, die Aufteilung der großen unbebauten Ländereien der Patrizierfamilien durchzusetzen. Heute früh begaben sich etwa 700 Landleute mit Frauen und Kindern aus Marino nach dem Grundbesitz des Fürsten Colonna in Frattochie, um denselben unter sich zu vertheilen und zu besäen. Dem Zuge ging die Nationalflagge und eine Musikabtheilung voran, welche den Königsmarsch spielte. Es gelang den Behörden, die Leute zur Rückkehr nach Marino zu bewegen, wo sie sich ohne Unordnung zerstreuten. Vier Kompagnien sind nach den Oertlichkeiten, wo die Bewegung auftritt, abgegangen, um etwaigen Ruhestörungen zu begegnen. Bis jetzt herrscht indessen überall Ruhe.

Spanien.

Madrid, 23. August. Die spanische Justiz hat wieder eine hervorragende Leistung aufzuweisen. Dem Londoner „Daily Chronicle" wird aus Washington berichtet, daß Evangelina Cisneros, die 20jährige Nichte des Präsidenten der cubanischen Republik, von den Spaniern der Verschwörung für schuldig erklärt wurde und wahrscheinlich zu 20 Jahren Verbannung nach der Verbrecherkolonie Ceuta verurtheilt werde. Dies erregte große Entrüstung. Angesehene amerikanische Frauen wandten sich an die Königin von Spanien und an den Papst. Der amerikanische Gesandte Woodford ersuchte unoffiziell die amerikanische Regierung, sie möchte Spanien um Anwendung von Milde bitten lassen. Man glaubt, daß die Verurtheilte unschuldig ist und daß nur die Rache eines Adjutanten des Generals Weyler dahinter steckt.

Madrid, 23. August. Die Carlisten scheinen ihre Zeit für gekommen zu halten. Aus Valencia wird gemeldet, daß in Chelva eine bedenkliche carlistische Agitation herrsche. Es finden, unter den Augen der Regierung, große Versammlungen statt, so daß der Gouverneur und der Generalkommandant sich veranlaßt sahen, scharfe Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen und die Truppen „kriegsbereit" zu halten. Es heißt sogar, die Carlisten hätten 10 000 Gewehre und die dazu gehörigen Patronen in Chelva eingeführt, und dieses Gerücht scheint nicht ganz unbegründet zu sein, da die Regierung sich nicht einmal zu einem Dementi aufschwingen kann. Chelva liegt in der Provinz Valencia, die von den carlistischen Bewegungen früher nie ernstlich berührt war.

Eine außerordentliche japanische Gesandtschaft ist nach Spanien gekommen. Japan hat mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Konflikt wegen der Annexion Hawaiis; Nordamerika hat seine Hand auch in den Aufständen auf Cuba und auf den Philippinen. Japan sucht das verdrachte Spanien als Bundesgenossen. Es will in Madrid eine Botschaft errichten.

Egypten.

Alexandrien, 22. August. Der nach hier von seiner Reise nach dem Kriegsschauplatze im Sudan zurückgekehrte Berichterstatter des Reuter'schen Telegraphenbureaus meldet unter anderem: Die Stadt Wadi Halfa hat sich seit vorigem Jahre außerordentlich verändert. Ganze Straßen sind verschwunden, um für die verschiedenen technischen Etablissements und Materialschuppen Platz zu machen. Unaufhörlich hört man das betäubende Geräusch der Metallarbeiter. Bei dem Eisenbahnbau erwies sich der Wassermangel als größte Schwierigkeit, doch es gelang, in 30 englischen Meilen Entfernung vom Anfangspunkt in einer Tiefe von 60 Fuß gutes und reichliches Wasser zu finden. Einstweilen wird 50 Meilen weiter an einem andern Brunnen gearbeitet. Bis jetzt sind 120 Meilen von der Strecke vollendet, die letzten 20 Meilen wurden in 18 Tagen fertiggestellt. Das Klima ist außerordentlich gesund, in der Nacht sinkt die Temperatur auffallend.

Internat. Kongreß für Arbeiterschutz in Zürich.

Zürich, den 22. August 1897.

Der von dem Bundesvorstande des schweizerischen Arbeiterbundes einberufene internationale Kongreß für Arbeiterschutz wird morgen, Montag früh, im großen Saale der „Tonhalle" eröffnet werden. Die Einladung des Organisationskomités, an dessen Spitze der Arbeitersekretär der Schweiz, Hermann Greulich, steht, hat sich bekanntlich an alle Anhänger des gesetzlichen Arbeiterschutzes ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung gewandt und die Anmeldungen zum Kongresse sind über alles Erwarten hinaus zahlreich eingegangen. Der Kongreß wird von über fünfhundert Theilnehmern besucht sein. Die Zahl der Delegirten wird etwa 400, die der Gäste 100 betragen. Stimmberechtigte Mitglieder des Kongresses sind Abgeordnete von Verbindungen, die in der Mehrzahl aus Lohnarbeitern bestehen, sowie Arbeitervertreter in öffentlichen Behörden, gleichviel, ob sie selbst Lohnarbeiter sind oder nicht. Als Gäste gelten alle Einzelpersonen, die sich zur Theilnahme an den Berathungen gemeldet haben; ihnen wird aber nur berathende, nicht beschließende Stimme eingeräumt.

Die vorläufige Theilnehmerliste weist eine große Anzahl bekannter Namen auf. Belgien, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien, Oesterreich-Ungarn, Polen, Luxemburg, Rußland, Spanien, Schweden und die Schweiz haben Vertreter gestellt, unter denen sich die hervorragendsten Sozialpolitiker Europas befinden. Angemeldet sind u. a. die belgischen sozialistischen Abgeordneten Anseele und Vandervelde, die deutschen Sozialdemokraten Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Molkenbuhr und Vollmar. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt Zimmerer Bringmann aus Hamburg, die deutschen Holzarbeiter Landtagsabg. Kloß aus Stuttgart, die Gewerkschaften von Frankfurt a. M. Dr. Max Quarck und das Nürnberger Arbeitersekretariat Metallarbeiter Segitz. Von sonstigen bekannten sozialdemokratischen Führern befinden sich in der Liste der Angemeldeten die französischen Abgeordneten Guesde und Chauvin; außerdem Paul Lafargue; die Engländer Bickert, Burt, Hyndman und Keir Hardie; der Holländer van Kol; die italienischen Deputirten Costa, Ferri und Turati; die Oesterreicher Dr. Adler, Renna und Pernerstorfer; der polnisch-österreichische Abgeordnete Dessymski; die Russen Kretrod und Plechanow; der schwedische Abgeordnete Branting; schließlich die Schweizer Greulich, Brand, Bürkli, Lang, Seidel, Gigy, Dr. Sourbeck-Bern, der bei den letzten großen Eisenbahnerstreiks.

Das sozialistische Element wird auf dem Kongresse voraussichtlich die knappe Mehrheit bilden. Nächst ihm sind am stärksten die katholischen Arbeiter-, Handwerker- und Gesellenvereine Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz vertreten, während die National-Sozialen nur wenige Delegirte entsendet haben. Genannt seien die Geistlichen, Kaplan Schlinkhoven aus München-Gladbach, Pfarrer Forschner aus Mainz, Pfarrer Schütz aus Trier. Die katholischen Arbeitervereine Württembergs vertritt Redakteur Erxberger aus Stuttgart, während Repetent G. Traub aus Tübingen die national-soziale Partei Deutschlands vertritt. Aus Oesterreich sei der antisemitische Abgeordnete Ermann genannt, der Abgesandte des katholischen Arbeiter- und Gewerbetages in Wien. Der einzige spanische Delegirte ist ein Geistlicher, Don Rafael Rodriguez de Cepeda aus Valencia. Die katholischen Männer- und Arbeitervereine der Schweiz entsirbt Nationalrath Decurtins, den katholischen Krankenkassenverband Lautenschläger aus Zürich, den katholischen Gesellenverein in Winterthur Vikar Meyer und den evangelischen Arbeiterverein in Basel Pfarrer Probst.

Aus der Liste der Gäste seien genannt die Professoren Adolf Wagner und Georg Adler aus Berlin, Heinrich Herkner aus Karlsruhe, Werner Sombart aus Breslau, Ferdinand Tönnies aus Hamburg, der Privatdozent Dr. Jastrow, Oberstleutnant v. Egidy, der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker, Landgerichtsrath Kulemann aus Braunschweig, der Besitzer der „Frankfurter Zeitung" Leopold Sternemann, Professor Hector Denis aus Brüssel, der Wiener Professor und Reichsrathsabgeordneter Anton Menger, der konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolf Meyer aus Prag, der Obmann des sozialpolitischen Vereins in Wien Dr. Otto Mittelstädter, die Züricher Professoren Dodel, Platter und Fürcher, der Baumwollspinnereidirektor Blocher aus Basel, der Präsident der Cantonalbank Graf aus Zürich, der Schriftsteller Dr. J. W. Förster aus Zürich, der Sohn des bekannten Berliner Professors. Außerdem sind die Regierungen der Kantone Zürich, Bern, Zug, Basel-Stadt und Aargau, sowie der Schweizerische Bundesrath selbst und die Stadtverwaltung Zürich offiziell vertreten.

Auch eine Reihe weiblicher Delegirten wird an den Berathungen theilnehmen. Wir nennen Frau Clara Zetkin aus Stuttgart, Frau Lilly Braun-Gerzyki, die Italienerin Dr. Paolina Schiff, die Führerin der Frauenrechtsbewegung Frau Minna Cauer und Frau Jeanette Schwerin und die Vertreterinnen der christlich-sozialen Frauenbewegung Frau Gnauck-Kühne aus Berlin und Baronesse Bogelsang aus Wien.

Die Tagesordnung des Kongresses umfaßt folgende Punkte: 1. Sonntagsarbeit; 2. Arbeit der Kinder und jungen Leute; 3. Arbeit der Frauen; 4. Arbeit erwachsener Männer; 6. Nachtarbeit und Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben; 6. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes; 7. Internationales Amt für Arbeiterschutz.

Sowohl die sozialdemokratischen wie die katholischen Delegirten hielten bereits heute Nachmittag Vorversammlungen ab. Man besprach die Stellung zur vorgeschlagenen Tages- und Geschäftsordnung, die Bildung des Präsidiums und Bureaus. In beiden Versammlungen gab sich große Geneigtheit kund, den Vorschlägen des schweizerischen Organisationskomités beizupflichten. Die Vorversammlung der sozialdemokratischen Delegirten nahm auch Stellung zu der Resolution über die Sonntagsarbeit, die der Referent, Professor Josef Beck in Freiburg, bereits vorgelegt hat. Es herrschte Uebereinstimmung, daß die Resolution modifizirt werden müsse und eine Kommission wurde mit dieser Arbeit betraut.

Die Sitzungen des Kongresses sollen täglich von 8 bis 1 Uhr dauern; die Nachmittage bleiben für die Kommissionsberathungen frei.

Zürich, 23. August.

Der internationale Kongreß für Arbeiterschutz wurde heute früh im großen Saale der „Tonhalle" vom Vorsitzenden des schweizerischen Organisationskomitees, dem Kantonsrath Heinrich Scherer aus Bern mit einer Ansprache eröffnet, in der er die Theilnehmer am Kongresse, insbesondere die Vertreter, welche die Regierungen von Frankreich, Belgien und der Schweiz gesandt haben, herzlich willkommen hieß. Er wies auf die mannigfachen internationalen Vereinbarungen hin, welche die Staaten heute schon getroffen haben, auf die Freundschafts- und Handelsverträge, auf die Vereinbarungen im Eisenbahn- und Postverkehr, auf die schon bestehenden internationalen Rechtsverhältnisse und fragte: Soll es unmöglich sein, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes internationale Vereinbarungen zu treffen? Eine Umwandlung der jetzigen Produktionsweise, eine Organisirung der Produktion auf internationalem Wege erscheint ihm durchaus möglich. Da die Frage des Arbeiterschutzes keine Parteifrage sei, auch der Kongreß kein Parteikongreß, und er, der Redner, sei erfreut, daß man der schweizerischen Einladung auf der äußersten Linken ebenso bereitwillig gefolgt sei, wie auf der äußersten Rechten. Als Voraussetzung eines guten internationalen Arbeiterschutzes hält der Redner einen guten nationalen Arbeiterschutz für unumgänglich. Die Schweiz habe mit ihrem Fabrikgesetz nach dieser Richtung einen Anfang gemacht und befinde sich, auch was die Konkurrenzfähigkeit anbetrifft, sehr wohl dabei. Mit dem Ausdruck der Hoffnung auf einen gedeihlichen Fortgang der Kongreß-Verhandlungen schloß der Redner. (Beifall.)

Auf Anregung Liebknechts erklärt sich der Kongreß damit einverstanden, daß das Präsidium des Organisationskomitees auch das Präsidium des Kongresses bilde. Am Vorstandstische nehmen infolgedessen die Herren Scherer als Vorsitzender, Nationalrath Decurtius-Truns und Nationalrath Dr. Sourbeck-Bern als Vizepräsidenten Platz. Scherer und Sourbeck sind Sozialdemokraten, Decurtius ist klerical.

Der Kongreß tritt in die Tagesordnung ein. Professor Jos. Beck von der Schweizer Katholischen Universität Freiburg hält das Referat zum ersten Punkt „Sonntagsarbeit". Er erklärt die bisherige Durchführung des Sonntagsruhe, die aus Rücksicht auf die Religion, den Familienleben und die Hygiene für dringend nothwendig hält, für durchaus ungenügend. Die moderne Sonntagsarbeit sei eigentlich nichts anderes als ein Attentat des kapitalistischen Eigenthums auf die menschliche Natur, ein auf Kosten des Menschenlebens sich realisirendes Wucher. Nicht die Sozialdemokraten zerstören das Familienleben, sondern die Kapitalisten. (Lebh. Beifall.) Vom Staate verlange er, daß er mit gutem Beispiel voranhe, den Arbeitern müsse der Sonntag auch für Bildung und Betätigung auf politischem Gebiete frei bleiben. Die Ausführungen des Redners gipfeln schließlich in folgenden Anträgen:

Der Kongreß hat energisch zu verlangen:

1. daß das Verbot der Sonntagsarbeit nach Möglichkeit und unter wirksamen Strafbestimmungen auf alle Arbeit der Lohnarbeiter ausgedehnt werde — also sich erstrecke auf die Arbeit in der Industrie, im Handwerk, in den Verkehrsanstalten (Eisenbahn- und Postwesen), im Schankgewerbe, im Groß- oder Kleinhandel;

2. daß Ausnahmen im Gewerbewesen nur gestattet werden dürfen für Betriebe, die ihrer Natur nach kontinuirlich sind und für solche Fälle, wo sie nicht die Bestimmung haben, einen durch Sonntagsruhe bedingten Produktionsausfall zu decken, sondern wo sie einzig bezwecken, die Wiederaufnahme des Betriebes am Montag zu sichern;

3. daß die Ausnahmen vom Verbote nicht durch die diskretionäre Willkür von Behörden und Beamten auf Grund vager Andeutungen im Gesetz bestimmt, sondern soweit es irgend geschehen kann, im Wortlaut des Gesetzes selber genau präzisirt und umschrieben werden sollen;

4. daß der Grundsatz den ausnahmsweise am Sonntag zu beschäftigenden Arbeitern wenigstens jeden zweiten Sonntag freizugeben und für den ausfallenden Freisonntag einen Ruhetag in der Woche zu substituiren, einheitlich auf allen Arbeitsgebieten durchgeführt werde;

5. daß eine eigentliche Verpflichtung zur Sonn- und Festtagsarbeit seitens der Betriebsinhaber den Arbeitern gegenüber auf keinen Fall geltend gemacht werden dürfe, und daß vertragsrechtliche Abmachungen dieser Art für den Arbeiter rechtlich unverbindlich seien;

6. daß für Arbeiterinnen und für junge Leute unter 18 Jahren die gewerbliche Sonntagsarbeit ohne alle Ausnahme verboten werde.

Dem Referenten folgte lebhafter Beifall.

Der Abler-Wien erhielt nunmehr das Wort zu einem außerhalb der Tagesordnung liegenden Antrag. Mit der Begründung, daß mehr als alle Kongresse die organisirte kämpfende Arbeiterschaft selbst für die Erreichung eines guten Arbeiterschutzes leiste, beantrage er, den um seitens des Achtstundentag kämpfenden englischen Maschinenbauern Antrag wird von den Sozialdemokraten mit Beifall aufgenommen und ohne Diskussion gegen eine Stimme angenommen. Die Klerikalen stimmen aber nur zum Theil dafür, in der Mehrzahl enthalten sie sich der Abstimmung.

Hierauf wird die Tagesordnung weiter behandelt.

Der Korreferent Redakteur Brand-St. Gallen (Std.) ist mit dem Referenten nur insoweit nicht einverstanden, als dieser sich dem puritanischen englischen Sonntag zu sehr nähern will. Er wolle keinen Sabbath, sondern einen Sonntag, d. h. einen Freudentag, an dem sich das Volk bilden und erholen könne.

Nachdem der Sekretär des Kongresses, Greulich-Zürich, mitgetheilt hat, daß 386 Delegirte und 163 Gäste angemeldet seien, wird die Diskussion aufgenommen.

Dr. Rudolf Meyer-Prag wünscht vor Allem die Einbeziehung der Landarbeiter in die Sonntagsruhe. Er hält die Annahme für gänzlich irrig, daß ein größerer Arbeiterschutz die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtige. Ein guter Arbeiterschutz liege sowohl im Interesse des Arbeiters wie im Interesse der kapitalistischen Produktionsweise. Der Kampf der gelben Race, könne man nur mit dem beharrlichsten europäischen Arbeiter begegnen. Das Motiv für die Sonntagsruhe sei gleichgiltig, in der Frage selbst könne man mit der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen.

Pernerstorfer-Wien schlägt Namens der sozialdemokratischen Delegirten eine präzisere Fassung der Resolution des Referenten vor. Im Antrag I solle es heißen: die Sonntagsarbeit ist für alle Kategorien von Lohnarbeitern verboten. Es ersrüge sich dann, die einzelnen Kategorien aufzuzählen, auch sei dann der Wunsch Dr. Meyers auf die Einbeziehung der Landarbeiter erfüllt. Ausnahmen dürfen nur gestattet werden für die Verrichtungen jener Arbeiten, die nothwendig sind, um die Wiederaufnahme des vollen Betriebes am Montag zu sichern, oder bei denen der Produktionsprozeß aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden kann, sowie für jene Arbeiten und Beschäftigungen, deren Weiterführung nöthig ist, damit das Volk den Sonntag zu seiner Bildung und Erholung benutzen kann. Die Ausnahmen dürfen nicht der Willkür der Behörden überlassen werden, sondern müssen im Wortlaut des Gesetzes genau bezeichnet sein. Keinesfalls aber darf die Sonntagsruhe unterbrochen werden unter dem Vorwande, einen Produktionsausfall zu decken. Arbeitern und Angestellten, die auf Grund der angeführten Ausnahmen am Sonntag beschäftigt werden, ist jeder zweite Sonntag freizugeben und es ist ihnen außerdem ein Ersatzruhetag in der Woche zu gewähren. Unter Sonntagsruhe versteht der Redner 36 Stunden zu verstehen. Den Antrag 5 des Referenten bittet Redner ganz zu streichen. Sei die Sonntagsruhe obligatorisch, so seien selbstverständlich auch alle dem Gesetz zuwiderlaufenden Verträge ungiltig. (Beifall b. d. Soz.)

Landgerichtsrath Kulemann-Braunschweig erklärt sich auch gegen Punkt 5, wenn auch aus anderen Gründen wie Pernerstorfer. Die Fassung erscheine juristisch nicht haltbar, der Inhalt praktisch nicht durchführbar. Engherzige Kapitalisten, die Gegner jeden Arbeiterschutzes seien, würden sich an diese Kleinigkeit klammern und ausrufen: „Seht, was für praktisch unerfahrene Leute da in Zürich beisammen waren!" Er warne den Kongreß, praktisch undurchführbare Beschlüsse zu fassen, da man sich damit nur die Sympathien der Gebildeten verscherzen würde.

Abg. Bielohlawek-Wien (Antis.) tritt für den religiösen Charakter der Sonntagsruhe ein. Noch nicht alle Leute glaubten, daß der Mensch vom Affen abstamme und hielten etwas auf den kirchlichen Feiertag. Seine Partei trete für gesetzlichen Arbeiterschutz, soweit er sich mit der heutigen Gesellschaftsordnung vertrage, ein und verabscheue jede Humanitätsheuchelei. Das Individuum aber dürfe nicht beschränkt werden. Es gehe nicht an, Wünsche zu äußern, daß Alles verproletarisirt werde. (Lachen.) Auch in Zukunft müsse es Jedem unbenommen bleiben, einem Ideale nachzustreben. (Lachen.)

Duelch-London bringt eine Resolution ein, die sich gegen den englischen puritanischen Sonntag richtet. Der reiche Engländer vergnügte sich Sonntags im Klub; der Arbeiter aber könne sich nicht erholen, sondern höchstens seinen Rausch ausschlafen, den man ihm Sonnabends sich anzutrinken gestattet. (Heiterkeit.) Für die Industriearbeiter möge der Sonntag der Ruhetag bleiben, die übrigen Arbeiter, namentlich die im Transportgewerbe, müßten einen anderen Tag als Ruhetag erhalten.

Der Referent, Professor Beck, erklärt sich mit den von Pernerstorfer vorgeschlagenen Abänderungen der Resolution einverstanden. (Beifall.) Die Diskussion wird daraufhin geschlossen.

Die Resolution Pernerstorfer wird mit großer Mehrheit angenommen.

Am Nachmittag traten die Sektionen zur vorbereitenden Berathung über den 2. Punkt „Kinderarbeit" zusammen.

Die Plenarverhandlungen werden Dienstag früh fortgesetzt. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

Ueber den Stand des Maurerstreiks in Leipzig theilte der Leiter desselben, Beyer, in einer Maurerversammlung mit, daß 900 Maurer zu den neuen Bedingungen und 600 zu den alten arbeiten, daß 1400 abgereist sind und 670 noch im Streik stehen. Neben der strengen Fernhaltung des Zuzugs ist jetzt auch finanzielle Hilfe nöthig. — Die verhafteten Mitglieder des Streikkomitees, die Genossen Jacob, Ornth und Berthold, sind immer noch nicht freigelassen.

Die niederländischen Diamantarbeiter benutzen die jetzige gute Geschäftsperiode, um die Lehrlingsfrage zu regeln. Der „Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Bund" wird einem in Antwerpen abzuhaltenden Kongreß bestimmte Vorschläge unterbreiten. Vorläufig hat der Bund seinen Mitgliedern aufgegeben, bis zum 5. Sept. alle Lehrlinge und Laufjungen unter 14 Jahren zu entlassen. Allerdings ist das leitende Motiv hier nicht, den Kinderschutz zu fördern, sondern in erster Linie die Vermehrung der Arbeiterbünde zu verhindern.

Ein großer Kampf ist soeben in England nach elfmonatiger Dauer zu Ende gegangen. Zwischen dem Lord Penrhyn, dem Besitzer großer Steinbrüche in Nord-

Landesbibliothek Oldenburg

Wales, und seinen Arbeitern, die vor ca. 11 Monaten in den Streik traten, ist dieser Tage Frieden geschlossen worden. Die Friedensbedingungen sollen, wie „Daily Chronicle" mittheilt, erst einem Massenmeeting der Arbeiter in den nächsten Tagen unterbreitet werden.

Aus Stadt und Land.

Bant, 25. August.

Volksversammlung. Auf die morgen Abend in Sadewasser's „Tivoli" stattfindende Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Klees aus Magdeburg über die Thätigkeit des Reichstags und die Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Genosse Hug über die Betheiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen in Preußen sprechen werden, sei an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht.

Den Besuch des Großherzogs, der von heute ab auf drei Tage sein Hoflager in Jever aufgeschlagen hat, scheint man hier zu erwarten. Die Vermuthung wird erweckt, weil der Herr Gemeindevorsteher den Rathhaussaal in aller Eile dekoriren läßt.

Eine General-Versammlung hält der Banter Konsum-Verein am nächsten Sonntag in der „Arche" zu Bant ab. Auf der Tagesordnung stehen als Hauptpunkte: Berichterstattung über das verflossene Geschäftshalbjahr und Vertheilung des Reingewinns. Der Vorstand und Aufsichtsrath werden die Vertheilung einer Dividende von 8 pZt. in Vorschlag bringen. Die Versammlung beginnt um 2½ Uhr Nachmittags.

Wilhelmshaven, 25. August.

Vereinfachung des Schreibwerkes bei Behörden. Nachdem das Staatsministerium bereits im Mai 1897 für sämmtliche Staatsdienstzweige über die Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerkes gemeinsame Grundsätze beschloß, welche wesentlich mit dem Runderlasse der Minister der Finanzen und des Innern vom 21. Mai 1896 übereinstimmen, sind jetzt auch von dem Reichskanzler die gedachten Grundsätze für den Geschäftsverkehr der Reichsbehörden eingeführt worden.

Von der Marine. Das Panzerfahrzeug „Rixe" ist am 24. d. M. in Dartmouth angekommen und beabsichtigt, am 25. d. M. nach Vigo in See zu gehen.

Oldenburg, 24. August.

Die Volksversammlung, welche gestern Abend im Gebken'schen Saale zu Eversten stattfand, war gut besucht. Reichstagsabgeordneter Klees aus Magdeburg referirte in fast zweistündigem Vortrage über die Thätigkeit des deutschen Reichstags und die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Redner gab ein anschauliches Bild über die Verhandlungen des Reichstags und die Stellungen der einzelnen Parteien zu den Gesetzesvorlagen. Er zeigte an einer Anzahl von Beispielen, wie die Vertreter der Sozialdemokratie bestrebt waren, die Interessen des arbeitenden Volkes zu wahren; kam sodann auf die reaktionären Bestrebungen der Regierung zu sprechen und legte dar, wie die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, welche die Rechte und Freiheiten des Volkes zu schützen habe. Mit der Mahnung, unablässig für die Ideen des Sozialismus zu wirken, damit bei der demnächstigen Reichstagswahl die Sozialdemokratie wiederum mit einem erheblichen Stimmenzuwachs aus dem Wahlkampfe hervorgehe, schloß Redner seinen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nachdem dann noch die Wahl eines Delegirten zum Parteitag vorgenommen und Gen. Paul Hug-Bant mit der Vertretung des 1. oldenburgischen Wahlkreises betraut wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Konferenz der Vorstände der Wahlvereine der freisinnigen Volkspartei für den 1. und 2. Oldenburgischen Reichstagswahlkreis, sowie für Ostfriesland findet am nächsten Sonntag im Union-Hotel in Brake statt. Der Zweck der Konferenz ist die Feststellung der Tagesordnung für einen Parteitag, der am 10. Oktober in Brake stattfinden soll.

Ordnungsstützen, halbwüchsige Burschen der sog. „besseren Gesellschaft" und Schüler höherer Schulen, scheinen es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Plakate zu den Versammlungen der sozialdemokratischen Partei regelmäßig von den Anschlagsäulen zu reißen. Auch zu der letzten Volksversammlung waren sämmtliche Plakate unkenntlich gemacht worden; dort, wo dieselben nicht ganz festsaßen, sind sie abgerissen, an den übrigen ist Ort, Zeit und Referent der Versammlung herausgekratzt worden. Wir möchten die Parteigenossen hiermit ersuchen, auf diese Vandalen ein wachsames Auge zu haben und dieselben, wenn man sie bei ihrer Zerstörungsarbeit trifft, zur Anzeige zu bringen.

Hannover, 24. August.

Ein anarchistisches Attentat sucht man in dem Eisenbahnunglück bei Eschede. Die „Hannoverschen Tages-Nachrichten" bringen diesen Verdacht in die Oeffentlichkeit. Nachdem sie sachtechnisch die Annahme, als liege ein Unfall durch schadhafte Schienen 2c. vor, abweisen, schreiben sie: „Der Kaiser hat etwa acht Stunden vorher, allerdings in umgekehrter Fahrtrichtung und auf dem anderen Geleise, dieselbe Strecke durchfahren. Sollten die Verbrecher Ausländer, die mit den allerhöchsten Reisedispositionen und den deutschen Eisenbahneinrichtungen nicht vertraut waren, gewesen sein, so bleibt immerhin die Vermuthung berechtigt, daß dieselben angenommen hatten, wie in Frankreich, Belgien, Italien 2c. würde auch bei uns auf dem linken Geleise gefahren und der kaiserliche Zug werde erst um die Stunde des Unglücks den Thatort passiren. Der Umstand, daß eine halbe Stunde vor der Katastrophe ein Güterzug die Unglücksstelle ungefährdet passirte, läßt beim ersten Anblick darauf schließen, daß das Bahnattentat speziell dem D-Zuge galt. Da man aber nicht begreifen kann, welche Gründe vorlagen, einen harmlosen Schnellzug auf diese Weise zum Entgleisen zu bringen — ein Beraubungsplan nach amerikanischem Muster ist doch in der Lüneburger Heide undenkbar —, drängt sich unwillkürlich die Vermuthung auf, daß das Verbrechen einem anderen Zuge gegolten hat, und zwar dem Kaiserzuge, und daß nur dank der Unkenntniß der kaiserlichen Reisedispositionen seitens der Urheber, oder aus sonstigen noch unbekannten Ursachen dieses Attentat vereitelt worden ist. Daß der Kaiser selbst etwas derartiges argwöhnte, geht daraus hervor, daß er persönlich die Initiative zur strengsten Untersuchung gegeben hat, deren vorläufiges Ergebniß jetzt vorliegt." — Diese Kombination erscheint uns denn doch sehr gewagt."

Bergedorf, 22. August.

Die Glasarbeiter-Genossenschaft in Konkurs. Nachdem die Genossenschaft im April d. J. in Liquidation trat, ist jetzt das Konkursverfahren eröffnet. Den ersten Anstoß zur Gründung des Unternehmens gaben bekanntlich die Streiks der Glasmacher in Ottensen und Bergedorf in den Jahren 1890/91. Nach langen Geburtswehen konnte im Mai 1896 der Betrieb eröffnet werden. Aus verschiedenen Gründen, hauptsächlich weil der gebaute Ofen nicht zur Zufriedenheit funktionirte und auch das Betriebskapital mangelte, rentirte sich das Unternehmen nicht, sondern zeigte in dem knappen Jahre seines Bestehens eine Unterbilanz von über 30000 Mk. Im Mai d. J. hatte sich eine neue Firma gebildet, welche die Hütte übernehmen und mit dem Gelde des Verbandes deutscher Glasarbeiter über Wasser zu halten gedachte. Die neue Firma hatte das Grundstück mit Hütte gekauft, konnte aber, da der Glasarbeiter-Verband die Uebernahme ablehnte, ihre Verpflichtungen der Genossenschaft gegenüber nicht innehalten. Hierdurch und auch weil die zur Beschaffung der Liquidation beschlossene Einziehung eines Theils der Haftsumme vielfach auf den Widerspruch der Mitglieder stieß, war der Konkurs unvermeidlich geworden. Es sind nicht nur die Geschäftsantheile der Genossen völlig verloren, sondern es wird voraussichtlich auch ein erheblicher Theil der Haftsumme in Anspruch genommen werden müssen.

Rostock, 22. August.

Etwas für „Patrioten". In Schlesien, Posen, Westpreußen und Schleswig wird germanisirt, in Mecklenburg scheint man es zur Abwechslung einmal mit dem Slawisiren versuchen zu wollen. Folgende Meldung geht dem „Vorwärts" zu: Vom 1. Oktober ab wird die unweit Kleinen gelegene Station Lübstorf auf Veranlassung des Herzogs-Regenten „Wiligrad" genannt werden, also grade so, wie sein neues am Schweriner See gelegenes Schloß, das etwa 2 Kilometer entfernt ist. Wiligrad ist der altwendische Name der Stammburg bei Wismar, die, als die Deutschen Mecklenburg erobert hatten, Michelenburg und später Mecklenburg genannt wurde, wonach alsdann das ganze Land seinen Namen erhielt. — Im Posen'schen werden Briefe und Sendungen nicht zugestellt, wenn der Name des Adressaten „polnisch" geschrieben ist, und in Mecklenburg macht man aus einem deutschen Lübstorf ein slawisches Wiligrad! Was ist nun national? Das posensche oder das mecklenburger Verfahren?

Vermischtes.

Ein Doppelmord ist dieser Tage wieder in Berlin verübt worden. Die 71jährige Wittwe Schulz und deren 51jährige Tochter, in der Königgräßer Straße wohnhaft, wurden seit vierzehn Tagen nicht mehr gesehen. Man nahm an, daß sie verreist seien. Die Frau war sehr wohlhabend, sie besaß eine bedeutende Gypsfabrik, auch mehrere Häuser, galt aber als geizig. Sie hatte z. B. den Portier entlassen und die Haus- und Hofreinigung selbst besorgt. Vor einiger Zeit hatte ein Schuhwaarenhändler einen Laden und Keller gemiethet, war aber nicht eingezogen, sondern hatte nur die Ladeneinrichtung besorgt. In einer kleinen Stube hinter dem Laden wurden heute die Leichen der beiden Frauen, in Wachstuch eingewickelt und in Kisten verpackt, vorgefunden. Die Kisten waren mit schwarzer Erde bedeckt. Die vorläufige Untersuchung der einen Leiche ergab, daß die Schädeldecke zertrümmert und der Unterkiefer zerschmettert war. Die Erde ist vor acht oder zehn Tagen angefahren und von der Straße aus durch Arbeiter unmittelbar in das Kellerfenster geworfen. Der That verdächtig ist ein aus Oesterreich stammender Schuhmacher J. Gönczy, der in dem Hause den Laden miethete. Er ist seit etwa zehn Tagen spurlos verschwunden und dürfte sich längst in Sicherheit gebracht haben.

Auch ein „Stellvertreter Gottes". Ueber Vorkommnisse auf der Unteroffizierschule zu Biebrich wurde vor einiger Zeit berichtet, daß ein Sergeant sich seit mehreren Jahren fortgesetzt an den seiner „Erziehung" anvertrauten Rekruten in unsittlicher Weise vergangen habe, daß ferner eine Anzahl Unteroffizierschüler aus dem Grunde in Mitleidenschaft gezogen worden seien, weil sie aus bekannten Gründen (Furcht vor ihrem „Erzieher") keine Anzeige erstattet hatten. Wie die „Mainzer Volksztg." aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die Geschichte jetzt ihren Abschluß in der Verurtheilung des „Musterfergeanten" zu einer dreijährigen Festungsstrafe gefunden. Von den seinerzeit in Mitleidenschaft gezogenen 16 Unteroffizierschülern sind drei, darunter ein Gefreiter, wegen moralischer Unbrauchbarkeit entlassen. Wenn auch die Entlassung von den jungen Leuten nicht tragisch genommen wird, so ist doch immerhin der angeführte Grund nicht angethan, denselben ihr Fortkommen im Zivilleben zu erleichtern, da ja bekanntlich derartige Führungsprädikate mit in die Entlassungspapiere hinübergenommen werden. Um so trauriger sind die Gründe, welche die jungen Leute zur Duldung der Unsittlichkeiten und zur Unterlassung einer Anzeige bewogen haben.

Loyale Gelehrte. Der internationale Aerztekongreß in Moskau ist mit dem üblichen höfischen Apparat ausgerüstet worden. Die Feier spielte sich im kaiserlichen Theater ab. Die Delegirten aller Länder waren versammelt. Großfürst Sergius hielt die Eröffnungsrede in französischer Sprache. Der Kultusminister begrüßte in lateinischer Sprache die Erschienenen. Der deutsche Generalstabsarzt Dr. v. Kohler hielt in großer Uniform eine prächtige Rede in deutscher Sprache. Er sagte u. A.: „Der Genius von Fürsten und großen gewaltigen Männern ist es, der die Geschicke der Nationen wirksam beeinflußt und der Zeitepoche das besondere eigenartige Gepräge aufdrückt. Aber so hoch und mächtig diese Geisteheroen auch ihr Volk überragen, immer ist ihr Genie doch eine aus dem Zeitgeist entsprungene und in diesem wurzelnde Kraft, und nur dann, wenn ihnen das Glück zutheil wird, daß auch die Zeitgenossen sich ihre Bestrebungen zu eigen machen, sich für sie begeistern und sie arbeitsam entwickeln, nur dann haben ihre Ideen eine greifbare, praktische und dauernde Wirkung. Wie im Leben der Völker, so auch im Reiche der Wissenschaften." Dr. v. Kohler schloß mit den Worten: „Gott schütze den Zaren!" Große Bewegung und Beifall folgte dieser Ansprache. Der erste Toast galt dem Zaren, der zweite dem Kaiser Wilhelm. — So werden wissenschaftliche Kongresse eröffnet.

Die Röntgen-Lorgnette. Zu einer Zaubersitzung, bei der sich lernen und lachen ließ, waren dieser Tage die Berichterstatter der auswärtigen Zeitungen in Paris eingeladen. Der Erfinder der „Zollamts-Lorgnette" führte seine Schöpfung vor. Der Ausdruck „Lorgnette", den die Franzosen gebrauchen, giebt keine richtige Vorstellung. Man denke sich eine Pappe, auf der einen Seite mit der Bariumlösung überzogen, welche unter dem Einfluß der von hinten einfallenden Kathodenstrahlen phosphoresziert. Ein Pappenstück von etwa 15:30 Zentimeter bildet den Abschluß einer kleinen Dunkelkammer, welche die Form eines Stereoskopkastens, zur Annäherung oder Entfernung des Gesichtspunkes aber Seitenwände in Harmonikafalten hat, wie ein Photographenkasten. Die mit Barium überzogene Seite der Pappe ist nach innen gekehrt; auf sie guckt man durch die beiden Gucklöcher, die in einer durchschnittlichen Sehweite von 30 Zentimetern von ihr entfernt sind. Der zu untersuchende Gegenstand, Koffer, Kiste oder Packet, wird vor die Lampe gestellt, welche die Kathodenstrahlen wirft. Von der anderen Seite schaut man mit dem Zollgucker auf das Gepäckstück, und siehe da: alles, was die Strahlen nicht durchläßt, Metall, Knochen, Krystall u. s. w. erscheint in scharfem Schattenriß auf der Bildfläche, während die Hülle von Brettern, Leder, Papier mitsammt allen animalischen und vegetabilischen Geweben kaum einen leichten Halbschatten wirft. Die praktische Anwendung ist ergötzlich zu verfolgen. Da kommt z. B. eine Kiste, deren Inhalt als „Kunstgegenstand" hoch versichert ist. Am Zollamt hütet man sich meistens, dergleichen Sendungen zu öffnen oder gar gründlich zu untersuchen, weil der geringste Meißelstich an unrechter Stelle oder ein ungeschickter Griff einen Schadenersatz von Tausenden kosten kann. Daß weiß der Absender und liebt es daher, in solche Kisten Schmuggelgut zu stecken. Oder vielmehr: er liebte es bis jetzt, denn fortan wird er seine Gewohnheit aufgeben müssen. Eine Gemäldekiste wird von zwei Beamten vor der Kathodenlampe hin- und hergezogen, vor dem Zollgucker. Oben nichts; alles klar bis auf einige schwarze Punkte, die Nägel, mit denen die Querleisten des Deckels und des Bodens befestigt sind. Doch halt! In der Mitte erscheinen eine Menge halbdunkler Streifen, alle etwa fingerlang, auf der einen Seite stumpf, auf der anderen spitz auslaufend. Die Kiste wird geöffnet: Unter dem Gemälde stecken Cigarren. Hier kommt ein Sack mit Kleie. Er sieht ganz harmlos aus. Man stellt ihn vor die Kathodenlampe. Schau, schau! Mitten in der Kleie, die wie Oelpapier von den Strahlen durchdrungen wird, steckt eine Cognacflasche. — So werden die verschiedensten Gegenstände des üblichen Schmuggels in scheinbar unschuldiger Hülle entdeckt: Konservenbüchsen in Holzkohlensäcken, eine Kapsel kostbaren Rosenöls (Zollgebühr 3000 Frcs. für das Kilo) in Reispulver einer Puderschachtel, die in einem Poststück einfach als Parfümerie angegeben ist, usw. In einem Handkoffer erscheint ein Revolver mit Patronen und ein amerikanischer Schlagring. Der Koffer wird geöffnet: die Waffen sind unter Hemden, Hosen, Röcken vergraben und überdies ist die Schießwaffe noch in ein Holzkästchen verpackt. Spaßhaft ist auch der Versuch, eine Nadel in einem Bündel Heu zu finden. Man erblickt sie sofort. Zur raschen Untersuchung der Gepäckstücke giebt es eine einfache, bequeme Vorrichtung: ein Möbel wie ein Schreibpult. Im Innern steht die Kathodenlampe. Der Zöllner sitzt mit seinem Gucker vor dem Pult, ein Handlanger schiebt ihm die Packete und Kistchen der Reihe nach von dem oberen horizontalen Brett auf die schräge Fläche, die Strahlen durchleuchten Brett und Gepäck, der Schattenriß des Inhalts erscheint auf der inneren Fläche des Guckers, und im Nu ist die Prüfung geschehen. Alles Unverdächtige bleibt uneröffnet, das Verdächtige wird zur Oeffnung und näheren Durchsicht zurückgelegt. Auf diese Weise erledigt die Zollbehörde des Lyoner Bahnhofes jetzt schon 85 Prozent der einlaufenden Sendungen (täglich im Durchschnitt 1500 Stück). Es läßt sich hiermit aber nicht nur eine beträchtliche Ersparniß an Zeit und Arbeit machen; noch wichtiger ist der Einfluß, den das neue Verfahren schon auf das Publikum macht; denn die Lust zum Schmuggeln wird den Leuten mehr und mehr verleidet.

Günstige Aussichten für Indien. Nach einer Meldung der „Times" vom 20. d. Mts., ist während der letzten Woche in ganz Indien, mit Ausnahme der Distrikte von Bombay und Deccan, reichlicher Regen gefallen. Die Ernte verspricht eine ausnahmsweise reichliche zu werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. August. Mit Rücksicht auf die umfangreichen Zerstörungen durch die Hochwasserkatastrophen in Schlesien, Sachsen und Brandenburg, wozu es außerordentlich vieler Arbeitskräfte bedarf, beschloß der Minister des Inneren, zu den erforderlichen Arbeiten Gefangene aus zu seinem Ressort gehörigen in den vorbezeichneten Provinzen, auch in der Provinz Posen belegenen Strafanstalten und Gefängnissen unter Wahrung der nothwendigen Sicherheitsvorkehrungen zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe soll auf Antrag an Gemeinden und andere Korporationen, sowie an Private erfolgen.

Berlin, 24. August. Amtlich wird festgestellt, daß der Doppelmörder Gönczy am 18. d. M. nach Frankfurt a. O. abgereist ist und wahrscheinlich nach Dresden weiterreiste. Er raubte zwei Brauhaus-Actien, womit er die Lageneinrichtung bezahlte, und raubte ferner neun Stück 6proc. Mexicaner von 1893. Die Nummern hießen 11307, 11308, 11309, 11310, 10756, 7303, 9296, 9297, 9298. Der Mörder hat eine kropfartige Narbengeschwulst an der rechten Halsseite.

Kattowitz, 24. Aug. Heute früh 9¼ Uhr gerieth in der Kleophasgrube die Zimmerung des Quergeschosses der 162. Metersohle zwischen dem Frankenberg und dem Reckenschacht in Brand. Das Feuer wurde rechtzeitig bemerkt und zunächst die Verbindung nach dem Wetterschachte abgedämmt; die tiefer arbeitenden Bergleute wurden an das Tageslicht gefördert. Verschiedene Grubenfeuerwehren konnten nichts wegen der großen Rauchentwickelung ausrichten. Soweit bisher festgestellt ist, trat kein Menschenverlust ein. Das Feuer war, wie aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, ein Lokalschadenfeuer; die Förderung ist voraussichtlich morgen wieder in vollem Betriebe.

Zürich, 24. August. In der heutigen allgemeinen Sitzung des internationalen Arbeiterschutzcongresses nahm derselbe mit 132 gegen 35 Stimmen die Thesen über die Arbeit von Kindern und jungen Leuten an. Dieselben besagen: Gewerbliche Arbeit von Kindern bis zu und mit fünfzehn Jahren sei zu untersagen. Bis zu fünfzehn Jahren sei der Schulbesuch obligatorisch. Junge Leute und Lehrlinge von fünfzehn bis achtzehn Jahren dürften nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden, mit einer Pause von 1½ Stunden nach vier Stunden Arbeitszeit. Die für den Besuch von Fortbildungsschulen erforderliche Zeit ist in die Arbeitszeit einzugreifen. Jungen Leuten und Lehrlingen sei productive Arbeit an Sonn- und Feiertagen ohne Ausnahme zu verbieten.

Paris, 24. Aug. Das Urtheil im Prozesse gegen den Baron Mackau und die beiden Angestellten, durch deren Fahrlässigkeit der Bazarbrand in der Rue St. Goujon hervorgerufen wurde, lautete gegen Baron Mackau auf 500 Francs Geldstrafe und gegen die Angestellten auf 1 Jahr und 8 Monate Gefängniß und auf eine Geldstrafe. Baron Mackau erhob gegen das Urtheil des Zuchtpolizeigerichts die Nichtigkeitsbeschwerde.

Barcelona, 24. August. Nach Meldungen aus Gracia sind dort einige Bombenattentate entdeckt worden.

Konstantinopel, 24. August. Die Botschafter beschlossen in der heute früh abgehaltenen Versammlung, in Athen Schritte in dem Sinne zu thun, von der griechischen Regierung die Angabe derjenigen Staatseinkünfte zu erlangen, welche für den Dienst einer Zahlung der als Kriegsentschädigung aufzunehmenden Anleihe bestimmt werden könnten.

Literarisches.

Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg. Darstellung der Ursachen und des Verlaufs des Streiks, sowie der Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Hafenverkehr beschäftigten Arbeiter. Von C. Legien. Mit einer Karte des Hamburger Hafens. Zweite Auflage. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. (C. Legien, Hamburg 6.) Preis 30 Pf. Die Schrift ist in der zweiten Auflage um einen Bogen verstärkt worden und umfaßt jetzt acht Bogen. Es ist eine gedrängte Schilderung der Vorgänge nach dem Streik, der Verhandlungen vor der Senatskommission und die Abrechnung der Streikkommission angefügt worden. Ferner sind auch die Wirkungen dargestellt, welche der Streik auf die Bewegung der Hafenarbeiter und die Arbeiterbewegung Hamburgs ausgeübt hat. Daß die Schrift in der Art ihrer Abfassung den Wünschen der Arbeiter entspricht, dürfte daraus hervorgehen, daß die erste Auflage von 10000 Exemplaren vollständig abgesetzt ist.

Hochwasser.

Bant-Wilhelmshaven.

Donnerstag den 26. Aug. Vrm. 11,56, Nchm. —

Landesbibliothek Oldenburg

Ausverdingung.

Termin zur Ausverdingung betreffend die Umlegung der Verlängerten Einigungsstraße sowie Lieferung der dazu erforderlichen Materialien wird hiermit auf

Donnerstag den 2. Sept. d. J. Abends 8 Uhr

im Maeßschen Wirthshause angesetzt.

Die Bedingungen können bei dem Unterzeichneten während der Sprechstunden eingesehen werden.

Heppens, den 24. August 1897.

Der Gemeindevorsteher.
Athen.

Verkauf.

Die Pferdehändler **Gebr. Bunk** zu Wittmund lassen am

Montag den 30. ds. Mts. Nachm. 2 Uhr auf.

bei der Behausung des Wirths **Andreessen** zu Sedan

10 Stück junge, kräftige Arbeits-Pferde und 10 Stück allerbeste Litthauer Doppel-Ponies

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, den 24. August 1897.

H. Gerdes,
Auktionator.

Verkauf.

Wegen Uebernahme einer Landwirthschaft will ich mein

Sommer-Restaurant „Zur deutschen Eiche"

im Bareler Holz **preiswerth verkaufen.**

L. Lüken,
Bareler Holz, Post Varel.

Auktion.

Zu der am **Sonnabend den 28. August,** Nachmittags 2 Uhr, in **Gerwichs** Lokal stattfindenden

Cigarren- u. Sammel-Auktion

können noch Sachen hinzugebracht werden

Näheres bei

Marktvogt **Kruse.**

Zur Antwort!

Wenn **Sztapezinski** glaubt, ich hätte seine l. Frau beleidigt, so mag er seinen Gefühlen keinen Zwang anthun.

Es heißt: „Wer im Glashause sitzt, werfe nicht mit Steinen!"

Th. Steinweg.

Empfehle mich als

Schneiderin

auf das angelegentlichste. — Auch können junge Mädchen das Zeichnen u. Schneidern gründlich erlernen.

J. Buschmann,
Neue Wilhelmsh. Straße 22.

Berlinische Feuer-Vers.-Anstalt

versichert **Gebäude** und **Mobiliar** zu mäßigen Prämien. — Beleihung gegen erste Hypotheken.

Agentur Wilhelmshaven: **Georg Reich.**

Donnerstag den 26. August

Abends 8½ Uhr

Oeff. Volksversammlung

im Lokale des Herrn Sadewasser (Tivoli), Tonndeich.

Tagesordnung:

1. **Die Thätigkeit des Deutschen Reichstages und die Bestrebungen der Sozialdemokratie. — Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Klees aus Magdeburg.**
2. **Die Betheiligung der Sozialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen. — Referent: Herr P. Hug aus Bant.**
3. **Diskussion.**

Der Einberufer.

Diamantschwarze

Kleeblattwolle

garantirt lufttecht, lichtecht und waschecht

das Pfund 3 Mk., Lage 60 Pf.

Gosch & Volcksdorff
am neuen Markt.

Der wahre Jacob Nr. 289

ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung.

Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Im Verlag der **Hamb. Buchdruckerei und Verlags-Anstalt Auer u. Co., Hamburg,** erschien und ist durch Unterzeichnete zu beziehen:

Der Neue Welt-Kalender für 1898.

Mit unterhaltendem und belehrendem Inhalt.

Hierzu ein Kupfer, ein farbiges Bild und ein Wand-Kalender.

Preis 40 Pfennig.

Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Gelegenheitskauf!

Bettfedern

schöne füllkräftige Waare **Pfd. Mk. 1,25,**

abgepaßte Gardinen

Fenster Mk. 1,25,

ungebl. Nessel

gute Bleichwaare **Meter 18 Pf.**

empfiehlt

Herm. Högemann,
A. G. Diekmann Nachf.

Gute Leberwurst

5 Pfund 1 Mk. 50 Pf.

Bestes Wurstschmalz

5 Pfund 1 Mk. empfiehlt

E. Langer,
Neue Straße 10.

Bekanntmachung.

Uhr reinigen kostet	M 1.50
Feder „	„ 1.50
Uhrglas „	„ 0.30
Uhrkapsel „	„ 0.30

Reparaturen an Weckuhren bedeutend billiger.

Heinrich Schmidt, Uhrm.
12 Neue Wilh. Straße (Ecke Neuer Weg). 12

Gesucht

auf sofort oder später **ein kräftiger Junge,** der Lust hat, das Schmiedehandwerk zu erlernen.

Nähere Auskunft ertheilt **Fr. Gerjets,** Neubremen, Mittelstr. 14.

Gesucht

auf sofort **3 bis 4 tüchtige Tischlergesellen.**

Krebs & Schnäckel.

Gesucht

ein Arbeiter für mein Papp-Bedachungs-Geschäft.

N. Freriehs, Gökerstr. 9.

Zu vermiethen

zum 1. November je eine Wohnung: Hafenplatz 2 und Kirchstraße 1.

Näheres bei Mandatar Schwitters in Bant.

Zu vermiethen

auf gleich oder später in meinem neuerbauten Hause **zwei vierräumige Wohnungen** mit abgeschlossenem Korridor und allem Zubehör.

J. Döring, Theilenstraße.

Zu vermiethen

auf gleich oder später eine schöne vierräumige **Etagenwohnung** mit abgeschlossenem Korridor.

Näheres bei **Schütte,** Hafenstr. 1.

Eine möblirte Stube

nebst Schlafstube für zwei junge Leute zu vermiethen. Börsenstr. 29, oben.

Ein möblirtes Zimmer

zu vermiethen N. Wilh. Str. 60, u.

Zu verkaufen

eine junge, milchgebende Ziege (2 Ltr. tägl.), sowie ein Lamm derselben (3 Monat alt); im nöthigen Fall auch mit kompletter Stallung mit Heuboden 2c.

Wittwe **Carls,** Kopperhörn 24.

Zu verkaufen

eine junge, milchgebende Ziege.

Heppens, Alte Marktstr. 60.

Bohnerwachs

in Dosen 90 Pf.
do. flüssig in Flaschen 1 Mk.
empfiehlt

Arthur Witte,
Flora-Drogerie, Gökerstr. 8a.

Sohlen

aus haltbarsten deutschen und amerikanischen Fabrikaten, sowie brauchbares

Abfallleder

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen die Lederhandlung von

C. Ocker, Knorrstr. 6,
am neuen Marktplatz.

F. E. M. H.

Freitag den 27. August 1897
Abends 8½ Uhr

Gemeinschaftl. Gesangstunde

bei **Sadewasser.**

Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Bundesvorstand.

Arbeiter-Fortbildungs-Schule der Gewerkschaften Bant-Wilhelmsh.

Beginn des Unterrichts Anfangs September.

Anmeldungen nehmen entgegen:

Sämmtl. Vorstände der Gewerkschaften. Gastwirth Janssen, Grenzstr. Buchhandlung des „Nordd. Volksbl." Schneidermstr. Euken, Wilh. Str. 67.

Der Vorstand.

Tanz-Unterricht.

Beginne am **Sonnabend den 28. August,** Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn **Kruse** (Banter Hof) einen

Kursus für Erwachsene.

Anmeldungen werden jederzeit bei Herrn Kruse und in meiner Wohnung entgegengenommen.

F. Turrey, Tonndeich 18.

Radfahrer-Limonade

empfiehlt die **Mineralwasserfabrik** mit Trinkhallenbetrieb von

J. H. Buss.

Wichtig für Arbeiter!

Soeben erschien im Verlage der **Buchhandlung Vorwärts Berlin**

Arbeiter-Notizkalender 1898.

17 Bogen kl. 8°. In Calico gebunden **60** Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhaltsverzeichniß: Kalendarium u. Geschichtskalender. — Reichstagswahlgesetz und Reglement. — Praktische Winke zur Wahlrechtsausübung. — Ergebniß der letzten Reichstagswahlen (textgeschichtlich zu den letzten Nachwahlen mit Angabe der gewählten Abgeordneten und der in jedem Wahlkreise auf jede einzelne Partei abgegebenen Stimmenzahl, sowie des Prozentsatzes der sozialdemokratischen Stimmenzahl für jeden Wahlkreis.) — Wachsthum der Sozialdemokratie seit 1871. — Zusammensetzung und Bestimmte des Reichstags. — Adressen sämmtlicher deutscher Gewerkschaftsorganisationen und sämmtlicher Fabrikinspektoren unter genauer Angabe des Inspektionsbezirks. — Rechte und Pflichten der gewerblichen Arbeiter; Schutzbestimmungen für Minderjährige und Arbeiterinnen. — Was ist beim Arbeiter unpünktlich? — Unterstützung der Familienangehörigen der zu Uebungen Einberufenen. — Post-, Telegramm- und Postetatzahl für In- und Ausland. — Militärausgaben seit 1872, Wachsthum der Reichsschulden seit 1870; wieviel Zinsen wir für Reichsschulden seit 1872 zahlten. — Erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Wissenswerthe Kleinigkeiten. — Wochen-Einnahme- u. Ausgabe-Tabellen. — Neuer Kalendarium für jeden Tag.

Wir können den überaus reichhaltigen Kalender, der gerade für die nächstjährigen Wahlen ein **unentbehrliches Nachschlagebuch** ist und durch die Adressenangaben sämmtlicher Fabrikinspektoren, Gewerkschaftsorganisationen und die populäre Darlegung Staatshogens über Rechte und Pflichten der Arbeiter für alle Arbeiterkreise an praktischem Werth gewonnen hat, allen Arbeitern bestens empfehlen.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung des Norddeutschen Volksblattes.**

Zu beziehen durch die **Buchhandlung des Norddeutschen Volksblattes.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Fritz sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Johann Redecker und Frau
nebst Angehörigen.

Prüfen Sie

wenn Sie ein Bett kaufen wollen, die verschiedenen Geschäfte, welches von denselben Ihnen für Ihr Geld das Beste liefert. Sie können keinen Artikel so schwer beurtheilen, als Bettfedern und Inlettstoffe, und werden Sie nur dann ein gutes Bett erhalten, wenn Sie sich an ein durchaus reelles Geschäft wenden. In unserer Betten-Ausstellung geben wir Ihnen Gelegenheit, ein Bett **leicht beurtheilen** zu können, und daß wir Ihnen in Folge unseres großen Umsatzes für wenig Geld etwas Gutes liefern, dafür sind wir allgemein bekannt.

Wulf & Francksen.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Morisse in Wilhelmshaven. Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg